



Wir haben die Wahl

Am 24. September wird der neue Bundestag gewählt – besser: sind wir alle dazu aufgerufen, den neuen Bundestag zu wählen. Seine Zusammensetzung und die neue Bundesregierung werden für die kommenden vier Jahre einen wichtigen Teil unseres Lebens, die Politik und die Gesetzgebung prägen. Damit die nächste Regierung die Weichen richtig stellt, hat der BUND seine Hauptanliegen in fünf Kernforderungen gepackt. Wir stellen sie Ihnen auf den folgenden Seiten vor.

Nun wollen wir das Bild nicht schwärzer malen, als es schon ist. Doch lag es nahe, zur Begründung unserer Forderungen vor allem die Versäumnisse der letzten vier Jahre zu betonen. Schon deshalb, weil das Versäumte deutlich schwerer wiegt als die vereinzelten Fortschritte, die es in dieser Regierungsperiode für Natur, Umwelt und Gesundheit gegeben hat.

Mehr über die anstehende Wahl, ein kritischer Blick auf die Wahlprogramme der Parteien sowie Hintergrundpapiere zu unseren Kernforderungen können Sie im Netz nachlesen – unter ► www.bund.net/bundestagswahl

Hormonelle Schadstoffe

Über tausend Stoffe gelten derzeit als hormonell wirksam. Am stärksten belasten uns – einzeln oder gemeinsam als Cocktail:



RISIKOGRUPPEN

Föten im Mutterleib, Kinder, Pubertierende und Schwangere



PHTHALATE
Plastikspielzeug, Sportartikel, Schwimmringe, Duschvorhänge, Kabel ...



BROMIERTE FLAMMSCHUTZMITTEL
Elektrogeräte, Baumaterialien ...



BISPHENOL A
Konserven, Lebensmittelverpackungen, Kunststoffbehälter ...



PERFLUORIERT CHEMIKALIEN
Pfannen, Outdoorbekleidung, Fastfoodverpackungen



PARABENE
Kosmetik



PESTIZIDE
Frischobst und Gemüse

Mehr Schutz vor riskanten Stoffen und Technologien

Morgens bringen wir mit dem Duschgel eine erste Portion hormoneller Schadstoffe auf die Haut. Beim Frühstück kann dann das Pestizid Glyphosat hinzukommen. Im Lauf des Tages kommen wir in Kontakt mit zig weiteren bedenklichen Chemikalien in Lebensmitteln und Alltagsprodukten. So lassen sich bei uns allen Schadstoffe im Körper nachweisen – mit schwerwiegenden Folgen für die Fruchtbarkeit und die Gehirnentwicklung. Völlig unklar ist, wie sich winzige Nanopartikel auswirken (u.a. aus Lebensmitteln und Kosmetika). Auch die Funkstrahlung unserer mobilen Kommunikation kann uns schädigen.

Und nicht nur wir Menschen, auch die Natur leidet. So ist der großflächige Einsatz von Pestiziden ein Hauptgrund für den dramatischen Artenschwund.

Der Gesetzgeber lässt die steigende Belastung mit Chemikalien und Funkstrahlen zu. Das EU-Vorsorgeprinzip wird an vielen Stellen ausgehebelt.

Vorsorge verbessern

Um Mensch und Natur vor gefährlichen Chemikalien und Funkstrahlen zu schützen, muss die neue Bundesregierung rasch

- sich für eine strikte, am Vorsorgeprinzip orientierte Regulierung von hormonellen Schadstoffen in der EU

einsetzen und die Ausweitung des französischen Verbotes von Bisphenol A in Lebensmittelverpackungen auf die gesamte EU unterstützen;

- nach dem Vorbild von Frankreich und Belgien eine nationale Registrierungspflicht für Nanomaterialien und ein öffentliches Nanoproduktregister einführen;

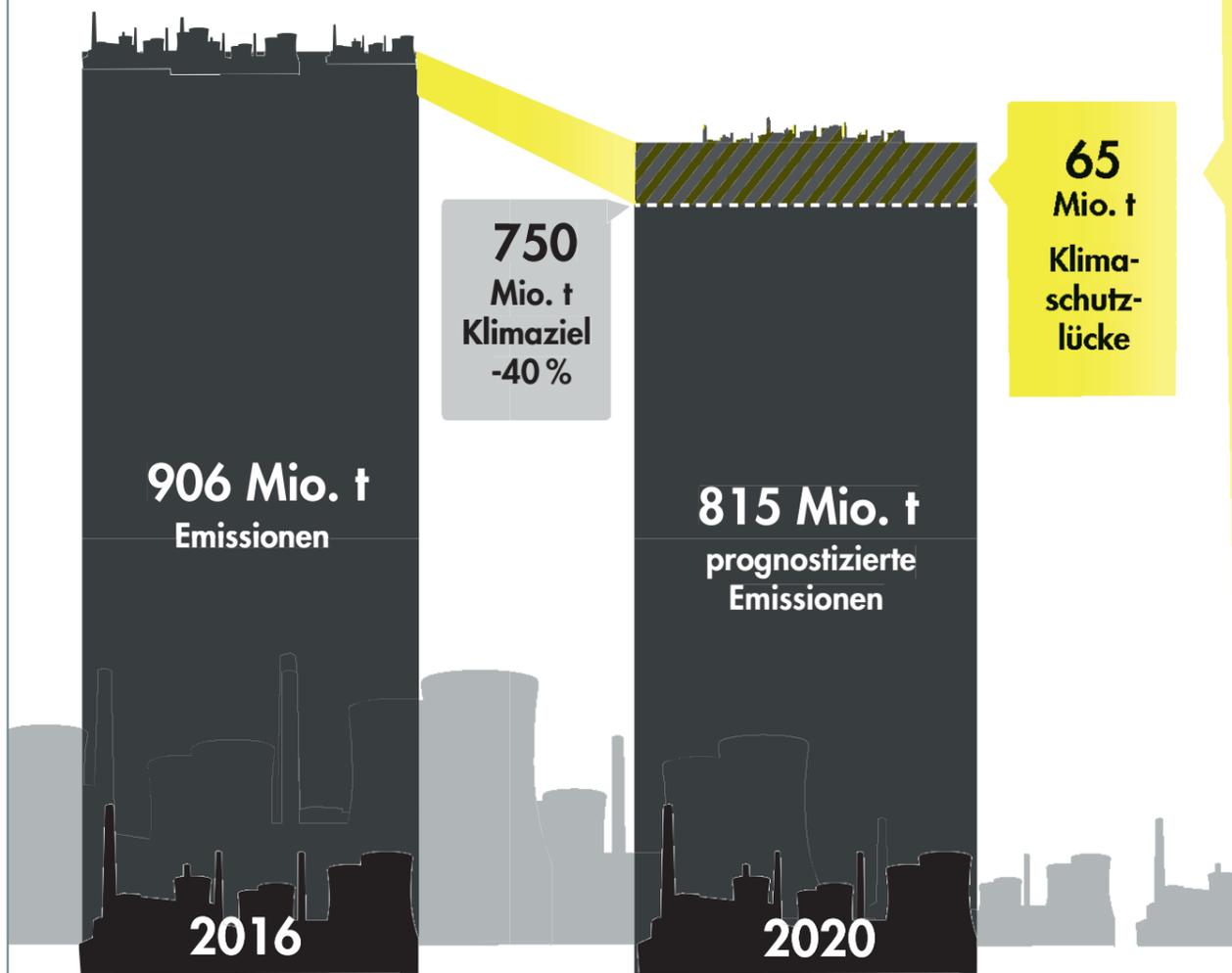
- im Bereich der mobilen Kommunikation die Nutzung optimierter Übertragungstechniken fördern, um die Strahlenbelastung deutlich zu senken und eine emissionsärmere Kommunikation zu ermöglichen;

- besonders gefährliche Pestizide wie Glyphosat und Neonikotinoide verbieten und einen längst überfälligen nationalen Bienenaktionsplan verabschieden.

- Im weiteren Verlauf der Legislaturperiode sollte die Bundesregierung u. a. dafür aktiv werden, dass das EU-Zulassungsverfahren für Pestizide gründlich reformiert wird. Bislang sind es nämlich die Hersteller, die Studien zu den Umwelt- und Gesundheitsfolgen ihrer Pestizide erstellen und geheim halten dürfen. Der BUND fordert, dass diese Studien künftig der Öffentlichkeit zugänglich gemacht und von unabhängigen Wissenschaftler*innen verfasst werden – finanziert von einem Fonds, der nicht von der Industrie verwaltet wird. Gespeist werden soll dieser Fonds aus den Gebühren der antragstellenden Firmen.

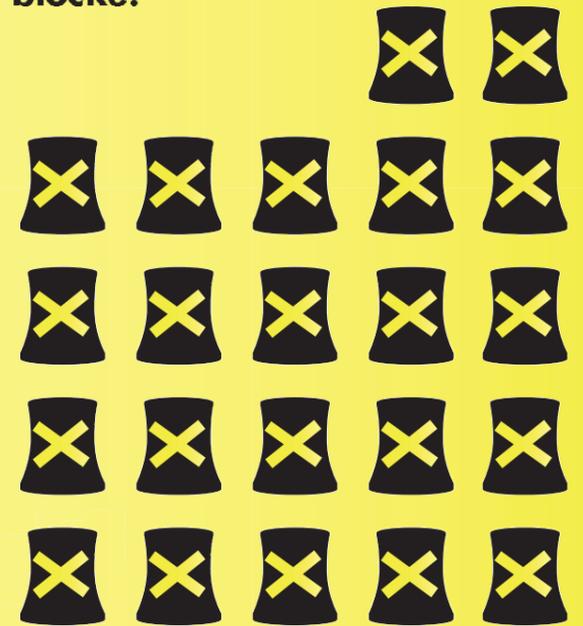
Klimaziel in weiter Ferne

Deutschlands Emissionen sind in den letzten Jahren nicht mehr gesunken, vor allem weil Kohlekraftwerke ungebremst weiterlaufen.



Klimaschutzlücke schließen

Um das Klimaziel für 2020 (-40 % ggü. 1990) noch zu erreichen, müssen zusätzlich Kohlekraftwerke mit Emissionen von 65 Mio. t CO₂ stillgelegt werden. Das entspricht der Abschaltung der ältesten und schmutzigsten 22 Braunkohleblöcke.



Mehr Klimaschutz und eine andere Energiepolitik

Deutschland steht beim Klimaschutz skandalös schlecht da und wird sein Klimaziel für 2020 (minus 40 Prozent Treibhausgase gegenüber 1990) sicher verfehlen. Seit 2009 sinken die deutschen CO₂-Emissionen nicht mehr, da unser Strom noch zu rund 40 Prozent aus Kohlekraftwerken stammt und der CO₂-Ausstoß des Verkehrs seit Jahren steigt. Zwar kommt die Energiewende ganz gut voran, zumindest beim Strom. Doch der Ausbau der Solarenergie ist eingebrochen, und der Windkraft stehen schwierigere Jahre bevor – dafür hat der Gesetzgeber gesorgt.

Die Regierung hat es auch versäumt, mit ehrgeizigen Maßnahmen mehr Energie zu sparen. Und trotz des beschlossenen Atomausstiegs sind bundesweit noch acht AKW am Netz, teilweise bis 2022 – obwohl ungeklärt ist, wo der Atommüll sicher gelagert werden kann.

Schließlich trieb Verkehrsminister Dobrindt das Wachstum der umweltschädlichsten Verkehrsträger Luftverkehr und Straßengüterverkehr massiv voran. Und er weigerte sich, den Abgasskandal aufzuklären.

Umwelt entlasten

Von der nächsten Regierung erwarten wir, dass sie

- ihre Klimaziele in Einklang mit dem Pariser Abkommen bringt und mit Reduktionsvorgaben für die einzel-

nen Sektoren in einem Klimaschutzgesetz verankert;

- den Kohleausstieg für 2018 beschließt und sozial verträglich vor 2030 umsetzt;

- die erneuerbaren Energien deutlich schneller naturverträglich ausbaut und die Bürgerenergie erhält;

- eine verbindliche Strategie für das Energiesparen beschließt und entsprechende Programme ausreichend finanziert;

- Baugesetzbuch, Energieeinsparrecht und Mietrecht reformiert, um die energetische Sanierung zu fördern;

- spätestens 2018 alle noch laufenden Atomkraftwerke vom Netz nimmt und den Atomausstieg durch eine Regelung im Grundgesetz absichert;

- das Konzept der Atommüll-Zwischenlager überprüft;
- die Subventionen für Dieselkraftstoff abschafft – über sieben Milliarden Euro pro Jahr;

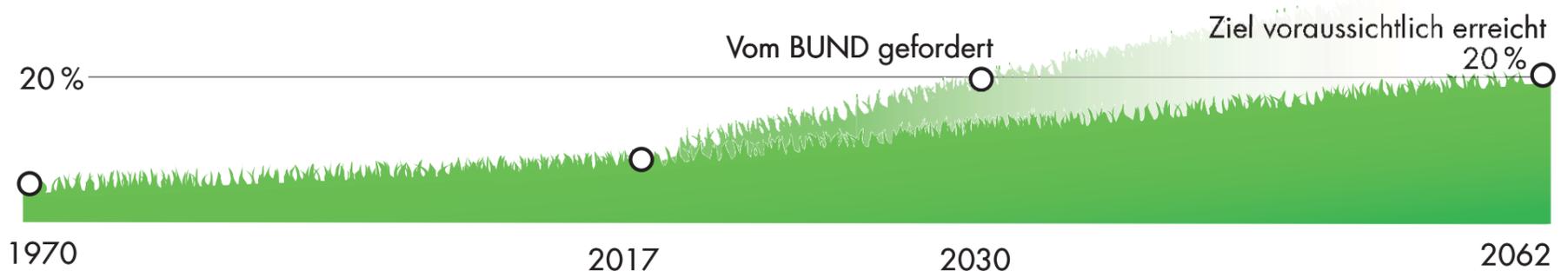
- eine strecken- und entfernungsabhängige Pkw-Maut und eine globale Klimaabgabe für den Luft- und internationalen Schiffsverkehr einführt;

- effiziente und saubere Pkw durchsetzt und den Verkauf von Neuwagen verbietet, die die Emissionsgrenzwerte auf der Straße nicht einhalten;

- den Bundesverkehrswegeplan zu einer nachhaltigen Infrastrukturplanung fortentwickelt und eine Offensive für Investitionen in den Rad- und Fußverkehr startet.

Ökologischer Landbau

Wächst sein Flächenanteil so langsam wie bisher, wird das Ziel „20 % Ökolandbau“ erst 2062 erreicht sein.



Für eine tier- und umweltgerechte Landwirtschaft

Überdüngung, pestizidverseuchte Äcker, kranke Tiere oder Antibiotikaresistenzen: Die in Deutschland dominierende Form der intensiven Landwirtschaft richtet in der Natur, bei den Nutztieren und auch bei uns Menschen riesige Schäden an. Die EU hat Deutschland bereits verklagt, da es u.a. Grundwasser und Gewässer zu schlecht vor schädlichen Einträgen aus der Landwirtschaft schützt.

Nur sieben Prozent unserer Agrarfläche werden bislang ökologisch bewirtschaftet, der jährliche Zuwachs ist minimal. Und das trotz der stetig steigenden Nachfrage nach Biolebensmitteln und trotz vollmundiger Versprechen der Politik, den Anteil des Ökolandbaus auf 20 Prozent zu steigern.

Agrarminister Schmidt hat viel zu wenig getan, um die Missstände in der Landwirtschaft zu beheben. Statt die Agrarförderung der EU für Tierwohl, Ökolandbau und bäuerliche Betriebe zu verwenden, verfolgte er die Interessen von Bauernverband und Foodkonzernen.

Tierwohl und Verbraucherschutz

Die neue Bundesregierung hat einiges nachzuholen. Insbesondere muss sie

• die Nutztierhaltung gründlich umbauen, hin zu tiergerechten Verfahren wie der Weide- und Öko-Tierhaltung

und dem Neuland-Standard. Die Ställe haben den Bedürfnissen der Tiere zu entsprechen, nicht umgekehrt;

• die für uns lebensnotwendigen Reserveantibiotika in der Tierhaltung verbieten. Hühnerschnäbel und Ferkelschwänze dürfen nicht länger beschnitten werden;

• ein verbindliches staatliches Tierwohllabel für alle tierischen Lebensmittel einführen;

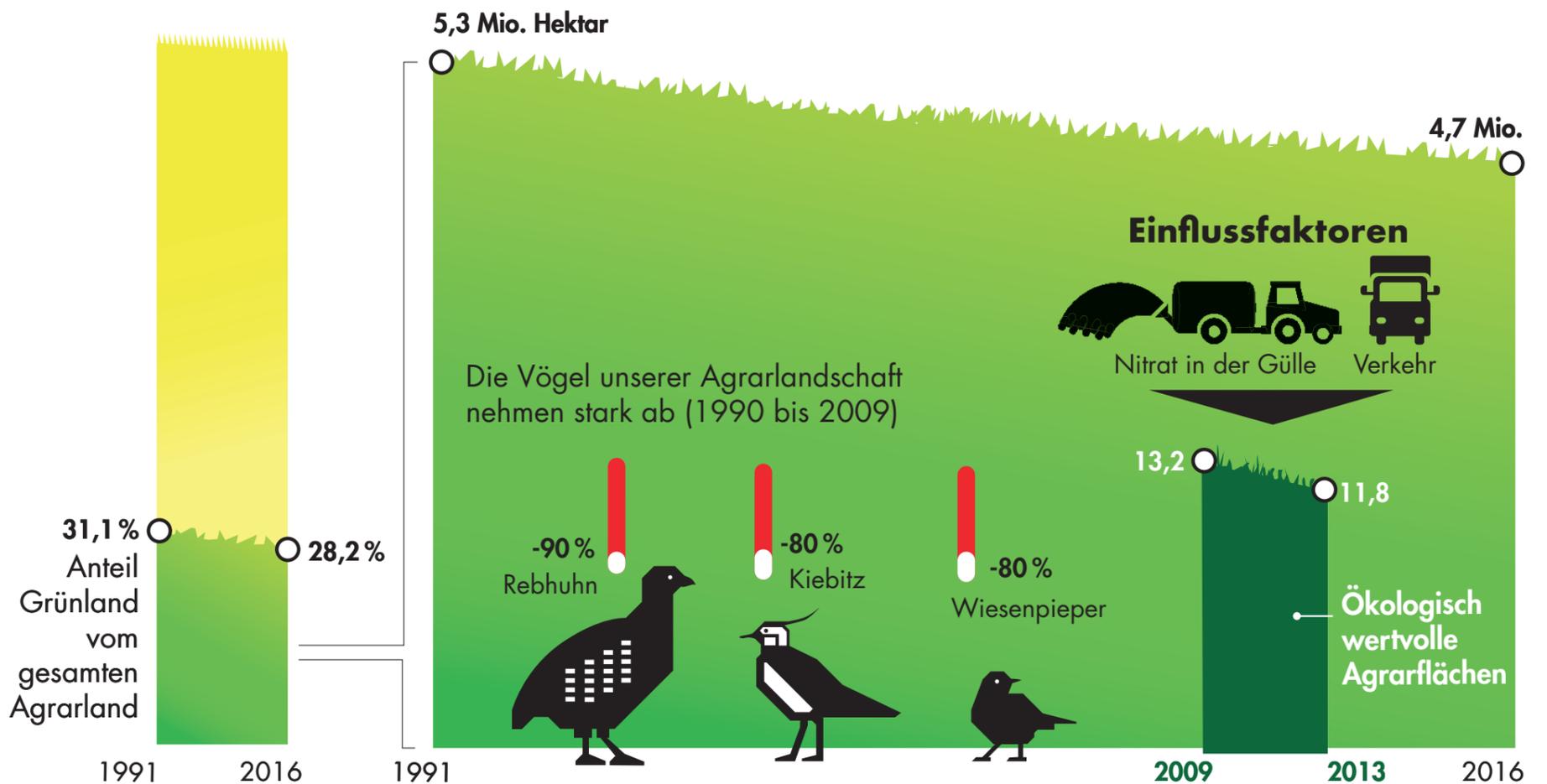
• dafür sorgen, dass Milch, Eier, Fleisch & Co. klar gekennzeichnet werden, wenn bei ihrer Herstellung Gentechnik im Futtertrogl war – damit wir selbst entscheiden können, was in unserem Einkaufskorb landet;

• dafür sorgen, dass mit »neuen Gentechniken« (zur Genmanipulation) erzeugte Pflanzen und Tiere ein Zulassungsverfahren und eine umfassende Risikoprüfung durchlaufen. Sie müssen gekennzeichnet sein, damit sie zurückverfolgt und notfalls aus der Umwelt und Lebensmittelkette entfernt werden können. Bei der Freisetzung und beim Anbau müssen mit »neuen Gentechniken« erzeugte Pflanzen im öffentlichen Standortregister erfasst werden;

• sich dafür einsetzen, dass die Reform der EU-Agrarpolitik die Probleme löst, die durch falsch gestellte Weichen verschuldet wurden. EU-Geld darf es nur noch für konkrete öffentliche Leistungen in Bereichen wie Umwelt-, Klima- und Tierschutz geben.

Wiesen und Weiden verschwinden

Vor allem ökologisch wertvolle Kulturlandschaft geht rasch verloren – viele Arten sind auf dem Rückzug.



Natürliche Lebensräume bewahren

Ein gurgelnder Bach, ein duftender Waldboden, ein Vogelkonzert: Die Natur schenkt uns Genuss, Entspannung und Freude – und sie ist unsere Lebensgrundlage. Trotzdem wird ihr auch in Deutschland enorm zugesetzt. Neue Autobahnen und Industrieflächen zerschneiden und zerstören wertvolles Grün. Wälder, Meere und Moore werden ausgebeutet und verschmutzt. Monotone Maisfelder verdrängen die Artenvielfalt, Dünger aus der industriellen Tierhaltung verseucht Böden und Gewässer.

Eigentlich hätten laut EU-Vorgabe alle Flüsse, Seen, Küstengewässer und das Grundwasser bis 2015 in gutem Zustand sein sollen. Deutschland verfehlt dieses Ziel deutlich. Dazu verschwinden stündlich über vier Fußballfelder Natur unter Beton. Nur in kaum zwei Prozent des deutschen Waldes wird kein Holz gewonnen, echte Wildnis gibt es nur auf 0,6 Prozent der Landesfläche. Selbst in Nord- und Ostsee gilt bereits ein Drittel aller Arten und Lebensräume als gefährdet.

Naturschutz und Biotopverbund

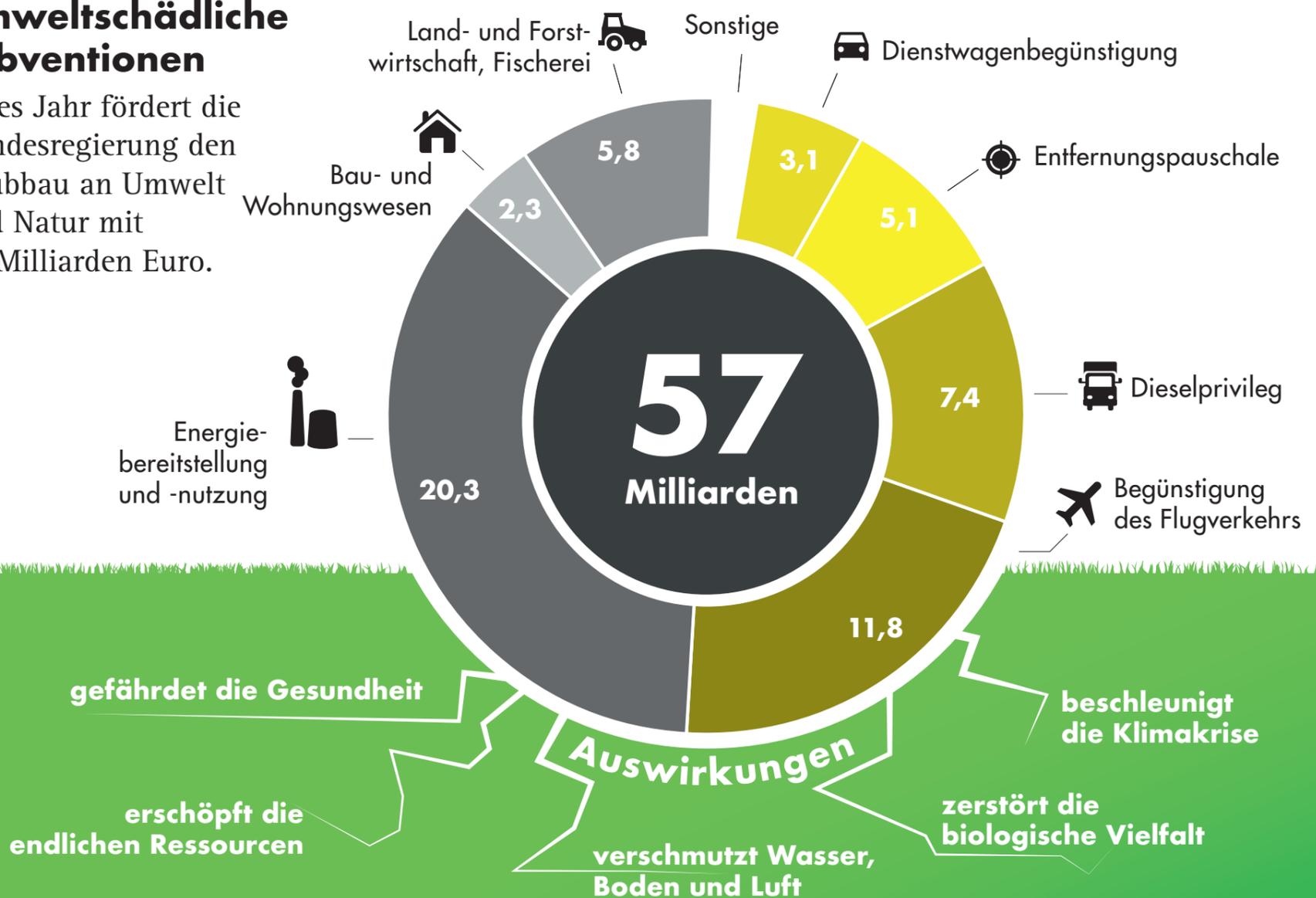
In den ersten hundert Tagen erwarten wir von der neuen Bundesregierung, dass sie

- den Verkauf öffentlicher Flächen stoppt und diese dauerhaft für den Biotopverbund rettet;

- die Lücken im Grünen Band – dem Biotopverbund an der einstigen deutsch-deutschen Grenze – schließt und dafür 30 Millionen Euro bis 2025 bereitstellt;
- ökologische Mindeststandards für die Waldwirtschaft definiert und gesetzlich verankert und einen Naturschutzfonds für Privatwaldbesitzer*innen einrichtet;
- Naturwälder mit Nachdruck ausweitet – damit sich mittelfristig zehn Prozent der Waldfläche dauerhaft natürlich entwickeln können;
- einen Fonds zum Schutz und zur Ausweitung von Wildnisflächen einrichtet;
- ein sofortiges Maßnahmenprogramm zur Umsetzung der Ziele der Wasserrahmenrichtlinie bis 2021 aufsetzt;
- die Nutzung in den Meeresschutzgebieten reguliert;
- den Flächenverbrauch bis 2020 auf maximal 30 Hektar pro Tag reduziert und schließlich ganz stoppt. Dafür muss sie das Baugesetzbuch ändern;
- verbindliche europäische Regelungen zum Schutz des Bodens einführt und in Deutschland umsetzt;
- mit einem »Bedarfsplan für grüne Infrastruktur« Flächen für den Biotopverbund sammelt und mit einem Bundesnetzplan ein neues Instrument schafft, um Lebensräume wieder stärker zu vernetzen;
- das Bundesprogramm »Blaues Band« mit jährlich 100 Millionen Euro finanziell absichert.

Umweltschädliche Subventionen

Jedes Jahr fördert die Bundesregierung den Raubbau an Umwelt und Natur mit 57 Milliarden Euro.



Fair wirtschaften, Ressourcenverschwendung stoppen

Die natürlichen Ressourcen der Erde – wie intakte Wälder, sauberes Wasser, Boden und Luft – sind begrenzt. Sie sind für uns lebenswichtig, werden aber immer rascher ausgebeutet und zerstört. Der Grund: Das globale Wirtschafts-, Finanz- und Handelssystem ist in erster Linie auf Wachstum ausgerichtet.

Und so geschieht der Raubbau auch in Deutschland mit staatlicher Förderung: Jedes Jahr fließen über 57 Milliarden Euro in umweltschädliche Subventionen – zugunsten von Kohlekraftwerken, von Flugverkehr und hochmotorisierten Dienstwagen oder einer nicht nachhaltigen Landwirtschaft.

Gleichzeitig versucht die Bundesregierung mit Abkommen wie TTIP und CETA, die vor allem an Konzerninteressen orientiert sind, bestehende Umweltstandards auszuhebeln. Sie verspricht sich davon, die deutsche Exportquote und das Wirtschaftswachstum noch weiter erhöhen zu können.

Auch die 2016 überarbeitete Nachhaltigkeitsstrategie offenbart, dass das Wirtschaftswachstum der Bundesregierung wichtiger ist als der Umweltschutz. Den Ökolandbau ausbauen, den Flächenverbrauch stoppen oder die Stickstoffüberschüsse reduzieren? Diese zentralen Ziele zum Schutz von Umwelt und Ressourcen sind hier nicht ausreichend formuliert.

Grenzen des Wachstums

Angesichts von begrenzten natürlichen Ressourcen, von Klimawandel und Artensterben fordert der BUND die nächste Bundesregierung auf,

- alle Subventionen zu überprüfen und umgehend die zu streichen, die der Umwelt schaden: beginnend mit jenen für Dieselkraftstoff, Dienstwagen und Flugverkehr;
- das umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen CETA nicht zu ratifizieren und die Verhandlungen zum Investitionsabkommen TTIP endgültig zu beenden. Stattdessen muss die Regierung EU- und weltweit eine Handels- und Entwicklungspolitik fördern, die einer sozial und ökologisch nachhaltigen Entwicklung dient;
- ein Produktdesign gesetzlich vorzuschreiben, das Reparaturen und Recycling erleichtert. Die Reparatur von Geräten wird vereinfacht, wenn die Hersteller auf bestimmte Zeit Ersatzteile für ihre Produkte liefern müssen; und durch eine reduzierte Mehrwertsteuer für Reparaturbetriebe;
- nicht zuletzt ihre Nachhaltigkeitsziele für 2030 deutlich zu schärfen und mit verbindlichen Zwischenschritten und wirksamen Maßnahmen zu unterlegen. Als neuer politischer Leitgedanke müssen die Grenzen des Wachstums beachtet und unser Energie-, Flächen- und Ressourcenverbrauch absolut verringert werden.